

Mehr Schutz vor Fluglärm! Nachtruhe ist ein Grundrecht!

Weitere erhebliche Zunahme des Nachtflugverkehrs in Langenhagen in der Zeit von 2014 bis 2016

Bilanz eines „Dialogs“ mit dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr(MW)

Die Bürgerinitiativen gegen Fluglärm Region Hannover,(BIs) bestehend aus der BIGUM Garbsen, der Interessengemeinschaft Lärmschutz Südbahn Langenhagen und dem Umweltschutzverein in Isernhagen und Umgebung, haben in der Zeit von 2014–2017 einen intensiven Dialog mit dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (MW) geführt.

Im September 2013 wandten sich die BIs mit einem „Offenen Brief“, (unterzeichnet von 6 BIs, 8 Grünen Verbänden, 4 SPD-Verbänden, 6 Bürgermeistern, Landtags- und Bundestagsabgeordneten) an die neu gewählte rot/grüne Landesregierung, um an die Umsetzung der im Wahlkampf und der Koalitionsvereinbarung versprochenen Verbesserungen zum Lärmschutz (besonders hinsichtlich des Fluglärms) zu erinnern.

Minister Lies versprach, hierzu mit den BIs eine Diskussionsgruppe einzurichten und nicht nur den Dialog mit den Anwohnergruppen fortzusetzen, sondern man wolle daran arbeiten, dass die Nachtflugbelastung in keinem Fall erhöht werde. Zudem würden alle Nachtflüge auf ihre Notwendigkeit überprüft. Unter Umständen könne auch bei der Gebührenstaffelung der Landeentgelte nachgesteuert werden. „Für besondere Belastungen können auch besondere Gebühren erhoben werden“, sagte Lies (Zitat NHZ 12.9.2013).

Die Gesprächsrunde unter Leitung von Frau Staatssekretärin Behrens wurde ins Leben gerufen und hat seitdem insgesamt 9mal getagt. Grundlage der Diskussion war, die Möglichkeiten des politischen Handelns zur Umsetzung der Wahlaussagen der neu gewählten Koalition auszuloten.

Unter der Leitung einer Moderatorin einigte man sich zu Beginn (Januar 2015) auf insgesamt 11 Punkte, die gemeinsam diskutiert werden sollten: U.a. konkrete Umsetzung des Koalitionsvertrages, Entwicklung der Nachtflüge, Passiver Schallschutz, Einführung einer Clearingstelle, Veränderbarkeit der Genehmigungslage im Vergleich mit anderen Flughäfen, Rolle und Auftrag der Fluglärmschutzkommission, Novellierung des Fluglärmschutzgesetzes, Kommunikation des Lärmmonitorings, NORAH-Studie, Umsetzung und Auswirkung der im Jahr 2014 in Kraft tretenden Start- und Landegebühren etc.

Ende des Jahres 2016 ergab sich folgendes Bild: Die Gespräche erwiesen sich als äußerst schwierig. In keinem der zu Anfang der Gespräche auf der Agenda stehenden **Diskussionspunkte** konnte, soweit sie überhaupt zur Sprache kamen, ein Konsens, geschweige denn eine Verbesserung der jeweils beanstandeten Situation, erzielt werden (die Moderatorin hatte inzwischen wegen Unvereinbarkeit der Standpunkte aufgegeben).

Hinsichtlich der Nachtflüge zeigte sich in diesem Zeitraum eine deutliche Verschiebung von leiseren zu lauterer Flugzeugen – außerdem nahm die **Anzahl der Nachtflüge im Jahre 2015 nicht wie geplant ab, sondern um insgesamt 1000 zu (im Jahre 2016 um weitere 711)**. Die vom Ministerium angestrebte Steuerung (Reduzierung) der Nachtflugtätigkeit mit Hilfe erhöhter Start- und Landegebühren erwies sich als unwirksam – kein Wunder, bei mal eben **65,00 bis 80,00 € Gebühr pro gängige Touristemaschine pro Start und Landung** (rechnen Sie das bitte mal auf die „Belastung pro Passagier“ um). Die zu Anfang angekündigte Veröffentlichung der Monitoring-Ergebnisse wurde dann auch geflissentlich unterlassen. Der Versuch, eine gemeinsame Presseerklärung zum Thema Landeentgelte herauszugeben, scheiterte ebenfalls an der Unvereinbarkeit der Standpunkte. Immerhin wollte man von Seiten des Ministeriums 'nachbessern'.

Eine anfangs bei den Treffen von Frau Staatssekretärin Behrens in Aussicht gestellte Arbeitsgruppe zur Vereinfachung des derzeit höchst komplizierten Antragsverfahrens auf passive Lärmschutzmaßnahmen ließ auf Verbesserungen hoffen. Allerdings resümiert das MW letztlich z.B. „Zweck der von den Bürgerinitiativen gewünschten Clearingstelle scheint es jedoch zu sein,

einseitig zu Gunsten der Antragsteller auf die Verwaltungsverfahren Einfluss nehmen zu können“ und „Es ist nicht erkennbar, wie die Einführung einer Clearingstelle das Verfahren verbessern könnte“.

Diese Ausführungen des MW zur Umsetzung des Schallschutzprogramms verwundern umso mehr, als ausdrücklich von allen Beteiligten die Rechtmäßigkeit des Programms nicht angezweifelt wurde. Es ging um eine Hilfe für die Anlieger, sich durch das schwierige bürokratische Antragsverfahren zu arbeiten (im Sinne von mehr Bürgerfreundlichkeit der Verwaltung). Aufgabe des MW scheint es nach diesen Ausführungen nach Ansicht der BIs eher zu sein, „einseitig Vorschriften zu Gunsten des Flughafens“ zu bearbeiten.

Auch alle anderen Dialogpunkte, sofern sie überhaupt zur Sprache kamen, wurden vom MW negativ kommentiert.

Nach dieser Bilanz entstehen bei der BI erhebliche Zweifel an der beabsichtigten Zielsetzung des „Dialogs“. Nach fast drei Jahren ergab sich in keinem der Diskussionspunkte nach Analyse und anschließender Bewertung ein nach Ansicht der BI positives Ergebnis. Eine Verbesserung der Situation wurde in allen bisher überhaupt diskutierten Punkten ablehnend beschieden, zumeist mit der Begründung, dass man sich gesetzeskonform verhalte. Nach Aussage des MW ist alles „ausreichend im Sinne der gesetzlichen Vorgaben geregelt“ und ein Entgegenkommen im Sinne einer bürgernahen Verwaltung nicht erforderlich und nicht geplant.

Es stellt sich die Frage:

Wenn man so sicher ist, dass alles im Rahmen des Gesetzes geregelt ist, warum sollte man dann noch einen 'Bürgerdialog' anstreben? - Es entsteht die Vermutung, dass der „Bürgerdialog“ nur als Feigenblatt für die nicht gehaltenen Versprechungen in den Koalitionsvereinbarungen dient.

Deshalb entschloss sich die BI, dem Ministerium mit Schreiben vom 23. März 2017, mitzuteilen, dass man angesichts der Haltung des MW die weitere Fortführung des Dialogs in dieser Form als nicht mehr erfolgversprechend erachtet. Eine Antwort auf dieses Schreiben gab es nicht.

Umweltschutzverein in Isernhagen und Umgebung e.V.

Erika Becker - Schriftführerin und für dem Umweltschutzverein Teilnehmerin an der Dialogrunde